

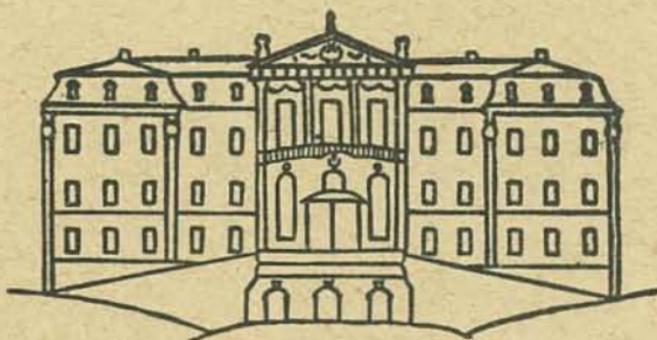
Hefte aus Burgscheidungen

Dr. h. c. Otto Nuschke

Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden

Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß
im April 1955 in Dresden

Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek



133

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Dr. h.c. Otto Nuschke

Verantwortung der Deutschen
für Sicherheit und Frieden

Hauptreferat auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß
im April 1955 in Dresden

Mit einer Einleitung von Walter Bredendiek

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Otto Nuschke und die deutsche Friedensbewegung

Von Walter Bredendiek

I.

„In der Geburtsstunde der weltweiten Friedensbewegung, auf dem Weltfriedenskongreß in Paris (April 1949), wurde Otto Nuschke zum Sprecher des Friedens- und Einheitswillens aller guten Deutschen“, heißt es in den „Thesen zur Geschichte der Christlich-Demokratischen Union“.¹⁾ Er wurde es mit einer rasch berühmt gewordenen Rede. Sie schloß mit Sätzen, die seither immer wieder zitiert worden sind, weil die weitere Entwicklung bestätigt hat, was in ihnen vorausgesagt wurde:

„Où sont les nations unis? Les nations unis ici! A l'autre coté de l'océan ne sont que les diplomates! Unser imposanter Kongreß der Friedenskämpfer ist die neue Widerstandsbewegung. Auch sie wird schließlich über Krieg und Imperialismus triumphieren.“²⁾

Der kämpferische Elan, der Otto Nuschke beseelte, sein Vertrauen auf den Sieg der Vernunft über die Barbarei und seine Entschlossenheit, alles zu tun, um die Völker für diesen Sieg zu mobilisieren, beherrschte alle Reden, die er in den folgenden Jahren im Rahmen der Friedensbewegung hielt. Einige von ihnen sind klassische Dokumente seiner Redekunst, jener eindrucksvollen Verbindung von gründlicher Information über Fakten und Tendenzen der aktuellen Politik und ihrer Einbeziehung in den historischen Horizont mit einer rhetorischen Brillanz, die nie auf billige Effekte abzielte, sondern die angemessene Form kluger Gedanken war.

Am Aufbau der deutschen Friedensbewegung hat sich Otto Nuschke lebhaft beteiligt, ungeachtet der vielen Verpflichtungen im öffentlichen Leben, die er bereits übernommen hatte, als die Bewegung sich bildete. Wenige Wochen nach dem 1. Weltfriedenskongreß in Paris und Prag konstituierte sich am 10. Mai 1949 in Berlin das „Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden“. Zu Vorsitzenden des Komitees wurden Johannes R. Becher, Anna Seghers und Arnold Zweig gewählt, zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses – auf Vorschlag Otto Nuschkes – Alexander Busch. Wenige Tage später wurde Otto Nuschke in den

¹⁾ I/11

²⁾ zit. u. a. in: Otto Nuschke – Mensch, Politiker, Journalist (Bibliothek der CDU, Band 1; Berlin 1953), S. 104

dreizehnköpfigen Arbeitsausschuß berufen.³⁾ Von nun an stand er bis zu seinem Tode in der ersten Reihe der organisierten deutschen Friedensbewegung.

Seine Zugehörigkeit zu den leitenden Gremien des Friedensrates hat er nie als repräsentative Formalität verstanden. Er sprach nicht nur auf Kongressen und Massenkundgebungen der Friedensbewegung, sondern auch in kleinem Kreise, in Dörfern und Landstädten oder bei den Versammlungen der „Friedenspfarrer“, deren Zahl in jenen Jahren noch klein war und die durch ihr Engagement in der Friedensbewegung oft in heftige Konflikte mit den Kirchenleitungen gerieten. Ein gutes Jahr nach Gründung der Weltfriedensbewegung hatte z. B. die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg) dem Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt ein Exposé zugestellt, in dem über „Die Stellung der Kirchenleitung zur Weltfriedensbewegung“ u. a. gesagt worden war:

„Wir sehen in dem Enthusiasmus der Weltfriedensbewegung einen Glauben an die Erlösung der Welt ohne Gott und ohne Christus durch den wissenschaftlichen Sozialismus. Ihre Mittel des revolutionären Klassenkampfes und Krieges halten wir für unvereinbar mit dem göttlichen Gebot der Liebe. Ihre Hoffnung, aus eigener Kraft einen Zustand zu schaffen, in dem es keine Krisen und keine Kriege, keine soziale Ungerechtigkeit und kein Elend mehr gibt, weil die klassenlose Gesellschaftsordnung erreicht ist, ist in unseren Augen eine politische Schwärmerei mit religiösem Pathos. Darum lehnt die Kirchenleitung für sich die Mitarbeit in der organisierten Friedensbewegung ab und wird nicht ablassen, die ihrer Leitung befohlenen Geistlichen und Gemeinden über die wirklichen Ziele und Methoden der ‚Marxistischen Friedenspolitik‘ zu unterweisen . . . und sie gegenüber den unaufhörlichen Forderungen, die seitens der Regierung und der politischen Parteien und demokratischen Massenorganisationen an sie gerichtet werden, zu beraten.“⁴⁾

Daß trotz solcher kirchenamtlichen Verlautbarungen der Feindschaft und offenbaren Verleumdung – wann hätte die Weltfriedensbewegung je „revolutionären Klassenkampf und Krieg“(!) als Mittel zur Sicherung des Friedens propagiert? – von Jahr zu Jahr mehr evangelische Theologen die Friedens-

bewegung unterstützten, ist neben der unermüdlischen Arbeit von Männern wie Emil Fuchs, Johannes Leopoldt und Johannes Herz, Karl Kleinschmidt, Bruno Theek und Gerhard Kehnscherper, Hans Schlemmer, Walther Heide und Erich Hertzsch vor allem auch das Verdienst Otto Nuschkes.

Freilich lag das Schwergewicht seiner Tätigkeit für die Friedensbewegung nicht in diesem Sektor ihrer Aufgabenstellung. Auch in ihr konzentrierte er sich vor allem auf die Darlegung der großen politischen Zusammenhänge, ohne deren Verständnis jede sogenannte „Kleinarbeit“, und würde sie noch so intensiv betrieben, fruchtlos bleiben muß. Otto Nuschke hat immer beide Felder bestellt: er hat die „Basis“ der Gesellschaft nie aus dem Auge verloren und ihre Probleme stets sehr ernst genommen, und er war zugleich immer bestrebt, den Horizont aller Menschen zu weiten, über die „Basisprobleme“ hinaus.

Angespornt vom Beispiel ihres Vorsitzenden, erwarben sich viele Mitglieder der CDU beträchtliche Verdienste um die Entwicklung und Festigung der Friedensbewegung. Sie erfuhr, heißt es in den Thesen zur Parteigeschichte, „tatbereite Förderung durch zahlreiche Unionsfreunde und viele angesehene Persönlichkeiten aus der parteilosen christlichen Bevölkerung, darunter auch namhafte Theologen. Den Aufbau der Friedenskomitees in den Ländern und Kreisen . . . in den Städten und Wohnbezirken, den Betrieben und Dörfern unterstützten Unionsfreunde in großer Zahl.“⁵⁾

Was das für die Friedensbewegung bedeutete, ist sehr klar in der Laudatio ausgesprochen, die der Präsident des Deutschen Friedensrates bei der Verleihung der Deutschen Friedensmedaille an Otto Nuschke auf dem 4. Deutschen Friedenskongreß in Dresden (1955) verlas:

„Dr. Otto Nuschke, Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, ist seit Gründung der Weltfriedensbewegung in dieser tätig. Er war Teilnehmer am 1. Weltfriedenskongreß in Paris, nachdem er vorher schon Jahrzehnte für Völkerverständigung und Frieden, u. a. in der Deutschen Friedensgesellschaft, eingetreten ist. Herr Dr. Nuschke hat nicht nur hervorragenden Anteil an der Friedenspolitik unserer Regierung, sondern stellt sich trotz großer Arbeitsbelastung immer wieder als Vortragender unserer Bewegung zur Verfügung und wirkt besonders auch in den Kreisen der christ-

³⁾ Protokoll im Archiv des Friedensrates der DDR (Arch. FR), Rep. 13/4

⁴⁾ zit. in: Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945–54; hgg. von Günther Heidtmann (Westberlin 1954), S. 80

⁵⁾ I/11

lich gebundenen Bevölkerung. Dr. Nuschke hatte wesentlichen Anteil daran, daß die Plenartagung des Weltfriedensrates in Stockholm zu einem Erfolg der Friedensbewegung wurde.⁶⁾

In der Rückschau gewinnt es eine gewisse Symbolik, daß Otto Nuschke die höchste Auszeichnung der Friedensbewegung gerade auf dem Dresdner Kongreß erhielt. Die Ehrung erfolgte nämlich zu einer Zeit, in der Otto Nuschke bei verschiedenen Gelegenheiten in besonders betonter Weise als Repräsentant der deutschen Friedenskräfte in Erscheinung trat. Gleichzeitig konnte durch die Mitarbeit zahlreicher christlicher Demokraten in der Friedensbewegung – insbesondere wiederum durch das beispielhafte Wirken Otto Nuschkes – in immer größeren Kreisen der christlichen Bevölkerung ein tieferes Verständnis für die Politik unseres Staates und für das Wesen seiner gesellschaftlichen Ordnung erweckt werden. Dieser Erkenntnisprozeß wurde besonders bei vielen Menschen bürgerlicher Herkunft und Prägung 1954/55 durch alarmierende Vorgänge in Westdeutschland beschleunigt. Sie bilden neben dem Kampf der Demokraten und Humanisten beider deutscher Staaten im „Jahr der großen Initiative“ für eine stabile Friedensordnung in Mitteleuropa den Kontext, in dem die Wirksamkeit Otto Nuschkes in dieser Zeit steht, insbesondere auch die große Rede, die er Ende April 1955 auf dem „Kongreß für Sicherheit und Frieden“ in Dresden hielt und die hier zum erstenmal im Wortlaut veröffentlicht wird.

II.

Ende August 1954 lehnte die Mehrheit der Abgeordneten der französischen Nationalversammlung die Ratifizierung des EVG-Vertrages ab. Das war ein großer Erfolg der internationalen Friedenskräfte und eine schwere Niederlage für Adenauer und seine Gefolgsleute. Wieder und wieder hatte der Bundeskanzler prophezeit, daß die EVG noch im Jahre 1954 zustande kommen werde, daß Frankreich den Vertrag „in Kürze“ ratifizieren werde, und noch am 20. Juli 1954 hatte er in Westberlin vor dem Verein der Ausländischen Presse das „in Kürze“ dahingehend präzisiert, daß das französische Parlament den Vertrag billigen werde, „noch ehe der August ins Land gegangen ist“.⁷⁾

⁶⁾ Arch. FR, Rep. 14/4 (Liste für die Auszeichnung mit der Deutschen Friedensmedaille, S. 2 f.)

⁷⁾ vgl. Dokumentation zur Geschichte der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik (Sonderheft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln, Mai 1962), S. 36

Alle diese Prognosen hatten sich als falsch erwiesen. „Der Kampf der Volksmassen, vor allem der französischen Werktätigen, erwies sich als stark genug, um eine Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung zu verhindern... Nach langjährigem erbittertem Kampf war das Projekt der reaktionären Kreise Washingtons und Bonns, mit Hilfe des EVG-Vertrags ihre Ziele durchzusetzen, gescheitert.“⁸⁾ Damit war eine neue Konstellation in Deutschland und Europa entstanden. Bereits am 3. September betonte die Regierung der DDR, „daß sich nunmehr neue Möglichkeiten für die Sicherung des Friedens in Europa, für die friedliche Lösung des Deutschlandproblems ergäben“⁹⁾, und zwei Wochen später, am 18. September, unterbreitete die Volkskammer dem Bundestag detaillierte Vorschläge für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über die kollektive Sicherheit in Europa und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.¹⁰⁾

Abgesehen davon, daß durch Beratungen über diese Fragen ein konstruktiver deutscher Beitrag für die Sicherung des Weltfriedens hätte geleistet werden können, boten sie auch die letzte Möglichkeit, die Wiedervereinigung über den Weg gesamtdeutscher Wahlen zu erreichen. Die Bundesregierung schlug diese Chance aus. Sie ignorierte auch alle Warnungen der Sowjetregierung und der Regierung der DDR, daß es schwerwiegende Folgen haben müßte, sollte die Remilitarisierung der Bundesrepublik weiter vorangetrieben und Westdeutschland in das imperialistische Bündnissystem eingegliedert werden. Am 23. Oktober 1954 unterzeichnete Adenauer die sogenannten „Pariser Verträge“, durch die Westdeutschland in die NATO aufgenommen und ihm die Möglichkeit gegeben wurde, eine 500 000 Mann starke Armee aufzustellen.

In den folgenden Monaten wurde „der Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge... zur wichtigsten Aufgabe im Ringen um die Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands“.¹¹⁾ Es war dies nicht nur die wichtigste Aufgabe für die Bürger der beiden deutschen Staaten, sondern auch eine Frage von

⁸⁾ Stefan Doernberg, Kurze Geschichte der DDR (Berlin 1964), S. 242 f.

⁹⁾ a. a. O., S. 243

¹⁰⁾ a. a. O., S. 527

¹¹⁾ a. a. O., S. 245

größter Bedeutung für die friedliebenden Menschen in den anderen Ländern Europas. Darauf wiesen die Kommunisten, viele Sozialdemokraten und nicht wenige Liberale und Demokraten in allen Ländern Westeuropas hin. Besonders nachdrücklich wurden die großen Gefahren, die sich nun zusammenschoben, auch von der Weltfriedensbewegung betont. Der Präsident des Weltfriedensrates, Prof. Frédéric Joliot-Curie, beschwor unmittelbar nach der Unterzeichnung der Verträge die Völker und ihre Regierungen in einem dringenden Appell:

„Die kommenden Wochen werden für die friedliche Zukunft von überragender Bedeutung sein. Die ungeheuren Gefahren für die Erhaltung des Friedens, die aus den Londoner und Pariser Abkommen erwachsen, erfordern eine mächtige Aktion der Weltöffentlichkeit ... Sollten diese Abkommen endgültig ratifiziert werden, würden sie ebenso wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft die Teilung Deutschlands und Europas aufrechterhalten und vertiefen. Sie würden jede ehrenhafte Verhandlung mit der UdSSR über die deutsche Frage beeinträchtigen, indem sie eine gegen diesen Staat gerichtete vollzogene Tatsache schaffen ...

Wenn die Londoner und Pariser Abkommen ratifiziert werden, geben sie den heimlichen Urhebern und Verantwortlichen des Hitler-Regimes die militärischen Mittel für eine Aktion in die Hand, und zwar jenen, die ihren Traum eines neuen europäischen Kreuzzuges nie verhehlt haben, die sich, wie die Geschichte gezeigt hat, nicht lange durch die einfache Verpflichtung werden abhalten lassen, nicht zur Gewalt zu greifen, wie dies in den Abkommen verankert ist ... Durch die Anhäufung von Waffen, durch die Vergrößerung von Armeen, die Lagerung von Atom- und Wasserstoffbomben, die Teilung der Welt in bewaffnete Blocks erleichtert man die Verhandlungen nicht, sondern geht einem Atomkrieg entgegen. Man muß sofort verhindern, daß dieses Räderwerk in Gang gesetzt wird, welches uns von den wahren Wegen des Friedens entfernt und uns zu zermalmen droht.“¹²⁾

III.

Der Weltfriedensrat nahm diesen Appell seines Präsidenten auf und berief seine Mitglieder für die Zeit vom 18. bis 23. November zu einer Tagung nach Stockholm ein. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage, wie die kollektive Sicherheit der Staaten Europas gewährleistet werden und

¹²⁾ Stimme des Friedens. Mitteilungen des Deutschen Friedensrates (StdF) Nr. 11/1954, S. 3

dadurch die Gefahren abgewendet werden könnten, die durch die Pariser Verträge heraufbeschworen worden waren.

Zu der Delegation aus der DDR, die an der Stockholmer Konferenz des Weltfriedensrates teilnahm, gehörte auch Otto Nuschke. Er hielt auf der Schlußsitzung eine große Rede, die von der Weltöffentlichkeit stark beachtet wurde. Ausgehend von den grausigen Erfahrungen, die die Völker der Erde in zwei Weltkriegen mit dem deutschen Imperialismus machen mußten, sagte er zum Charakter der Pariser Verträge:

„Die Wiederbewaffnung des deutschen Militarismus aber bedeutet in letzter Konsequenz Krieg. Diese Gefahr ist durch die neuen Aufrüstungspläne größer denn je zuvor. Gerade deshalb dürfen aber den Kräften des Krieges keine Zweifel darüber gelassen werden, daß sich die friedliebenden Menschen aller Völker mit Kraft und Entschlossenheit auch der neuen Kriegsverschönerung entgegenstellen werden. Die Pariser Verträge führen nicht nur zu einer Vertiefung und Verlängerung der Spaltung Deutschlands, sondern auch zur Vertiefung der Spaltung Europas, zu einer feindlichen Blockbildung und zum Krieg.“

Der Kampf gegen die Pariser Verträge, fuhr Otto Nuschke fort, könne um so wirksamer geführt werden, je mehr Menschen begreifen lernten, daß es zu diesen die Spannungen verschärfenden Fakten eine reale und realisierbare Alternative gebe: die kollektive Sicherheit Europas. In einem solchen System wären die berechtigten Interessen aller europäischen Völker gewährleistet, und zugleich könnten sie alle je einen spezifischen Beitrag für Frieden und Sicherheit leisten:

„Das Streben Frankreichs nach Sicherheit würde ebenso befriedigt wie das nationale Interesse des polnischen Volkes, der Balkan würde nicht mehr ein europäischer Vulkan sein, und Italien könnte dank seiner großen Traditionen ein größeres Gewicht in Europa erhalten. Die Energien der schwedischen und finnischen Neutralitätspolitik könnten für ganz Europa fruchtbar gemacht werden, England brauchte sich nicht mehr um die Balance of Power zu sorgen, und ganz Deutschland könnte endlich ein Land des Friedens werden.“

Daß ganz Deutschland ein Land des Friedens werde – dies, sagte Otto Nuschke, sei Grund und Ziel der Staatspolitik der DDR.

„Ich bin fest davon überzeugt, und die realen Möglichkeiten sind gegeben: die deutsche Frage kann friedlich gelöst und der Frieden in Europa gesichert werden, wenn wir folgende Prinzipien beachten:

1. In Deutschland muß die Politik der Verständigung kontinuierlich weitergeführt werden. Die Politik der Verständigung ist nun einmal die verständigste Politik.
2. Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands muß unter allen Umständen verhindert werden, denn ohne deutsches Fußvolk gibt es keinen dritten Weltkrieg.
3. Die Lösung der deutschen Frage ist nicht möglich in der Form einer Teillösung oder gar einer Gewaltlösung. Die Lösung der deutschen Frage ist aber möglich durch die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage und durch die Herstellung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa.
4. So, wie es unmöglich ist, nur eine Teillösung der deutschen Frage herbeizuführen, so ist es auch unmöglich, mit einer Politik der Vorbedingungen die komplizierte deutsche Frage lösen zu wollen. Das ist nur möglich auf dem Wege aufrichtiger Verhandlungen.
5. Die größte Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa liegt heute auf den Schultern des deutschen Volkes. In der Besinnung auf seine großen und guten humanistischen Traditionen wird das deutsche Volk dieser Verantwortung gerecht werden können...“

Wie Otto Nuschke seine Rede mit der Mahnung begonnen hatte, die Lehren der Geschichte zu beherzigen, so schloß er sie auch mit einer historischen Reminiszenz:

„Ich komme aus der alten deutschen Friedensbewegung, ich war ein enger Mitarbeiter der Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft, des Nobel-Friedenspreisträgers Ludwig Quidde, und des Staatsrechtslehrers Walther Schücking sowie von Paul von Schönaich und Hellmut von Gerlach. Unser Sekretär war Carl von Ossietzky, dem mit vollen Recht seinerzeit der Nobel-Friedenspreis verliehen wurde. Die Ursache für die fehlenden praktischen Erfolge in der alten, deutschen Friedensbewegung lag, trotz der hohen von ihr repräsentierten moralischen Werte, darin, daß sie darauf verzichtete, alle Friedenskräfte zu vereinen und den Kampf um den Frieden mit aller Konsequenz zu führen.“

Diese alte deutsche Friedensbewegung war zu schwach angesichts der Gefahr des heraufziehenden Faschismus und Militarismus, angesichts der Stärke der Kräfte, die zum Kreuzzug gegen die Sowjetunion aufriefen. Sie machte den Völkern nicht deutlich genug, daß es keinen Kreuzzug geben kann, es sei denn ein Kreuzzug für den Frieden.

Heute haben wir eine starke und weltweite Friedensbewegung. Heute können wir uns glücklich schätzen, eine Bewegung zu besitzen, die den Kampf für den Frieden erfolgreich zu führen in der Lage ist. An der Verteidigung des Friedens

müssen alle Völker teilnehmen. Im Ringen um die Erhaltung des Friedens müssen sich alle ehrlichen und verantwortungsbewußten Menschen zusammenfinden. Im Friedenskampf kann das verwirklicht werden, was einer der größten Männer unserer Tage, der greise Arzt und Musiker, Schriftsteller und Theologe, der große Menschenfreund Albert Schweitzer, vor wenigen Wochen, wenige Kilometer von hier, in Oslo, gefordert hat, nämlich die Sicherung des Friedens durch die Zusammenarbeit aller humanistischen Kräfte, die Überwindung des Krieges durch Sittlichkeit. Hier in der Weltfriedensbewegung haben wir das Organ, dieser Sittlichkeit, diesem Geist des Friedens Macht zu verschaffen.“¹³⁾

IV.

Auf seiner Stockholmer Tagung hatte der Weltfriedensrat beschlossen, alle Menschen guten Willens für den Mai 1955 zu einem Weltfriedentreffen nach Helsinki einzuladen. Bereits am 7. Dezember 1954 legte das Präsidium des Deutschen Friedensrates fest, „die ganze Kraft der deutschen Friedensbewegung auf die Vorbereitung des ... Weltfriedentreffens zu richten und im Zuge dieser Vorbereitungen ... einen Deutschen Kongreß für Sicherheit und Frieden abzuhalten.“¹⁴⁾ Zu den Vorbereitungen dieses Kongresses gehörte auch die Plenartagung des Deutschen Friedensrates, die am 12. und 13. Februar 1955 in Dresden stattfand, zehn Jahre nach der Zerstörung der Stadt. Bei dieser Gelegenheit ergriff Otto Nuschke erneut das Wort. Als letzter Diskussionsredner stellte er wiederum die Frage der kollektiven Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Ausführungen:

„Diese hohe sittliche Idee der kollektiven Sicherheit Europas wird immer zwingender und lebendiger in den Völkern ... hier kann der Rahmen für eine deutsche Wiedervereinigung geschaffen werden, hier haben alle europäischen Staaten unbeschadet ihrer sozialen Ordnung oder ihrer weltanschaulichen Basis Platz, hier eint die Völker nur ein Interesse, das allen gemeinsam ist, das Interesse am Frieden. Ich glaube, ... daß dieser Gedanke nicht nur in Europa, sondern auch in Asien zum Siege kommen wird. Er ist in der Tat die erlösende Idee, die die Menschheit auf unendliche Zeit hinaus von dem Druck und von der Furcht vor dem Krieg und vor Not erretten kann.“

¹³⁾ zit. nach „Neue Zeit“ vom 24. 11. 1954: Ohne Vorbehalte und Bedingungen verhandeln! Der Wortlaut der Rede Otto Nuschkes vor dem Forum des Weltfriedensrates in Stockholm

¹⁴⁾ StDF 12/1954, S. 3

Ich glaube, es ist eine der schönsten Aufgaben auch unserer Friedensbewegung, diese erhabene Idee zu propagieren. Wir sind überzeugt: An unserem Siege, an dem Siege der Wahrheit, an dem Siege der kollektiven Sicherheit, an dem Siege des Friedens ist nicht zu zweifeln.¹⁵⁾

Alle Warnungen und Mahnungen in den Wind schlagend, ratifizierte der Bundestag am 27. Februar 1955 die Pariser Verträge. Damit entstand in Deutschland und in ganz Europa eine grundsätzlich neue Lage. „Der deutsche Militarismus, die reaktionärste und aggressivste Kraft in Europa, erhob als Juniorpartner der USA aufs neue sein Haupt und wurde zur Hauptgefahr für den Frieden in Europa. Nach der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO war es nicht mehr möglich, die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege freier gesamtdeutscher Wahlen und der Bildung einer gesamtdeutschen Provisorischen Regierung herbeizuführen. Die Kettung Westdeutschlands an die NATO, mit der die forcierte Aufrüstung und militaristische Durchdringung des gesamten Lebens in der westdeutschen Bundesrepublik einsetzte, wird für immer als schwarzer Tag in die Geschichte Deutschlands eingehen.“¹⁶⁾

Das war die eine Grundtatsache, von der die Friedensbewegung der DDR während der nächsten Etappe ihrer Arbeit auszugehen hatte. Die zweite hatte der „Wiener Appell“ gegen die Vorbereitung des Atomkrieges geschaffen, den das Präsidium des Weltfriedensrates am 19. Januar 1955 beschlossen hatte und zu dessen Unterzeichnung alle Menschen der Welt aufgefordert worden waren. Am gleichen Tage rief der Weltfriedensrat auch alle Männer und Frauen,

„die einen entschiedenen Kampf gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands geführt haben, und alle, die sich heute der drohenden Gefahr bewußt werden, auf, ihre Anstrengungen zu vereinigen und zu vervielfachen. Er ruft sie auf, sich dem Widerstehen des deutschen Militarismus zu widersetzen und ein europäisches Sicherheitssystem vorzubereiten, das ein friedliches Deutschland einschließt. Europa wird sich, unterstützt von allen Völkern, keine neue Wehrmacht aufzwingen lassen.“¹⁷⁾

Das blieb gültig auch nach der Ratifizierung der Pariser Verträge. So hatte denn der „Kongreß für Sicherheit und

¹⁵⁾ zit. nach dem stenogr. Protokoll der Plenartagung des DFR in Dresden (12./13. 2. 1955); Arch. FR, Rep. 13/28

¹⁶⁾ Doernberg, a. a. O., S. 246

¹⁷⁾ Weltfriedensbewegung – Dokumente und Entschlüsse; hgg. vom Deutschen Friedensrat, Band I (Berlin o. J.), S. 191

Frieden“ (4. Deutscher Friedenskongreß), der Ende April 1955 in Dresden stattfand, eine doppelte Aufgabe zu erfüllen: einerseits die fatale Bedeutung der Pariser Verträge in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu heben, zum anderen alle, die die Gefahr erkannt hatten, zum gemeinsamen Widerstand gegen sie aufzurufen. Erneut wurde die Dialektik deutlich, die der Arbeit der Friedensbewegung zugrunde liegt: gründliche Informationen zu vermitteln und die Informierten zu Aktionen für den Frieden zu vereinen.

Die Aktion, die der Dresdner Kongreß auslöste, war die Unterschriftensammlung für den Wiener Appell. Die Informationen, die Millionen Bürger der DDR dazu veranlaßten, sich durch ihre Unterschrift mit den Forderungen der Weltfriedensbewegung zu solidarisieren, vermittelten die während des Kongresses gehaltenen Referate des Präsidenten des Deutschen Friedensrates, Prof. Dr. Dr. Walter Friedrich, des Generalsekretärs Heinz Willmann und Otto Nuschkes.

V.

Liest man heute die Rede, die Otto Nuschke vor zehn Jahren, am 22. April 1955, in Dresden hielt, so ist es frappierend, wie viele ihrer Passagen ausgesprochen „aktuell“ wirken. Das gilt sowohl für die allgemeine Linienführung seiner Darlegungen als auch für die einzelnen Argumente. Vieles wurde in dieser Rede angesprochen, manches auch näher angeführt, was bis heute in unserer politischen Arbeit eine erhebliche Rolle spielt. „Guter Wille“ oder „Politik der Mitte“ – das sind Begriffe, die bei den Überlegungen, wie eine Wende der Politik in Westdeutschland herbeizuführen ist, immer noch sehr wichtig sind. Das ist lehrreich. Es beweist nämlich die Kontinuität unserer Politik, die einerseits prinzipienfest, andererseits flexibel war und ist.

Nachdrücklich unterstreicht Otto Nuschke die qualitativ neuen Elemente, die die Deutsche Demokratische Republik charakterisieren. Doch betont er andererseits nicht weniger kräftig, daß in diese neue Qualität der Gesellschaftsordnung und der Staatsverfassung des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates alles das integriert wurde, was je in der Geschichte unseres Volkes fortschrittlich und human war. Dabei verdienen besondere Aufmerksamkeit seine Bemerkungen zur Entwicklung der Friedensidee, der Friedensbewegung und des Friedenskampfes in Deutschland. Hier schlägt Otto Nuschke einen Bogen mit sehr weitem Radius.

Im Zentrum der Bewegung für einen gesicherten Rechtsfrieden, führt er aus, stand und steht seit Jahrzehnten die organisierte Arbeiterbewegung. Sie ist zunächst und vor allem gemeint, wenn Otto Nuschke von der „großen Bewegung zum Frieden hin“ spricht, die es vor 1914 und dann wieder nach 1918 auch in Deutschland gab. Sodann aber verweist er auf jene Schichten und Menschengruppen, die, ohne zum Proletariat zu gehören, teils aus moralischen Impulsen, teils aus christlicher Überzeugung, teils aus einfachen vernünftigen Überlegungen für den Frieden eintraten oder die über im ersten Weltkrieg gewonnene Erkenntnisse zu Friedenskämpfern wurden: bürgerliche Pazifisten wie Quidde, Schücking und Ossietzky, Männer, die ein „Damaskus“ erlebt hatten, wie der General Paul von Schoenaich, realistische Politiker wie Rathenau. Die Hauptlehre aber, sagt Otto Nuschke, die es aus dem letzten halben Jahrhundert deutscher Geschichte – und insbesondere auch aus dem tragischen Scheitern vieler aufrechter bürgerlicher Kämpfer für den Frieden – zu ziehen gelte, bestehe darin, eine „starke und solide Einheitsfront“ gegen die Kriegstreiber zu schaffen.

Auch zum Fragenkomplex „Christen und Friedenskampf“ enthält die Rede wertvolle Gedanken. Besonders bemerkenswert ist die Art, in der Otto Nuschke die illegitimen Versuche abweist, eine „Synthese“ zwischen christlichem Glauben und der marxistisch-leninistischen Weltanschauung im Sinne einer synkretistischen Kombination zu konstruieren, um aber nicht weniger nachdrücklich auf die vielfältigen Berührungspunkte hinzuweisen, die sich bei der praktischen Arbeit von Marxisten und Christen aufdrängen. Von diesen Überlegungen führt eine gerade Linie zu den Aussagen, die am 9. Februar 1961 getroffen wurden.

*

Durch manches Gespräch mit Freunden wurde meine eigene Erfahrung bestätigt: Je größer der Abstand wird, der uns von dem Tage trennt, an dem Otto Nuschke starb, desto größer und bedeutender erscheint er uns. Bei denen, die ihn kannten, ist sein Bild nicht verblaßt. Das hängt sicher auch mit ganz spontanen menschlichen Reaktionen zusammen. Wer je in seiner Nähe gearbeitet hat, der wird den Mann nicht vergessen, dessen Wesen Humanität, Güte, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft ausstrahlte. Und wer in entschei-

denden Phasen seiner geistigen und politischen Entwicklung in den Umkreis seines menschenbildenden und menschenfreundlichen Wirkens treten durfte, der wird sich an Otto Nuschke immer mit tiefer Dankbarkeit erinnern.

Aber es ist mehr als diese elementar humane Dimension seiner Persönlichkeit, die ihn zu einem großen und bedeutenden Politiker werden ließ. Otto Nuschke war ein außergewöhnlich begabter Publizist, ein Parlamentarier von hohen Graden, ein scharfsichtiger Analytiker seiner Zeit. Er war vor allem zeitlebens ein engagierter bürgerlicher Demokrat. – Man überhört solche Charakteristika heute leicht. Es mag Zehntausende Bürger der Deutschen Demokratischen Republik geben, die von sich mit Recht sagen können, daß sie bürgerliche Demokraten sind – Handwerker, Komplémentäre, Wissenschaftler, Künstler... Aber daß es sie in dieser großen Zahl gibt, das ist vor allem ein Verdienst der wenigen, die schon vor 1933 so dachten und handelten wie Otto Nuschke und die nach 1945 nicht müde wurden, den Menschen des deutschen Mittelstandes zu sagen: „Eure Kollaboration mit den Monopolen und euer bornierter Antisozialismus ließen euch zu Mitläufern des Faschismus werden. Das deutsche Bürgertum hat schwere Schuld auf sich geladen. Aber durch die Befreiung vom Faschismus ist ihm noch einmal die Chance echten Neubeginns gegeben worden. Es kann sie allerdings nur dann nutzen, wenn es an die Seite der Arbeiterklasse tritt und dessen führende Rolle im Kampf für ein Deutschland des Friedens in einer Welt des Friedens anerkennt.“

Um diese Fragen kreiste das Denken Otto Nuschkes nach 1945 immer besonders stark. Sie bildeten ein Leitmotiv seiner Arbeit in der deutschen Friedensbewegung. Das ist auch klar aus der Rede vor dem 4. Deutschen Friedenskongreß in Dresden zu erkennen. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt: diese Rede gehört zu dem Vermächtnis, das Otto Nuschke uns hinterließ, jenem Vermächtnis, das in der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt wurde und dessen Rezeption den Bürgern Westdeutschlands helfen kann, auch in der Bundesrepublik Verhältnisse zu schaffen, die dafür bürgen, „daß niemals mehr ein Krieg von deutschem Boden ausgeht, daß Frieden und Sicherheit in Europa gefestigt werden, daß der ganzen Welt der Frieden erhalten bleibt, daß die deutsche Nation zu einem friedlichen, demokratischen Staat zusammengefügt wird“.

Verantwortung der Deutschen für Sicherheit und Frieden

Wenn ich heute vor dem Deutschen Kongreß für Sicherheit und Frieden das Wort ergreife, um einige Bemerkungen über das zu machen, was uns alle in Deutschland bewegt, so nicht in meiner Eigenschaft als Regierungsmitglied und nicht als Vorsitzender meiner Partei, der CDU, sondern als ein Mann, der seit Jahrzehnten in der deutschen Friedensbewegung steht und dessen Eintritt in das politische Leben von vornherein durch eine Stellungnahme für die Sicherung des Friedens auf Erden bezeichnet war.

Es ist nicht leicht, die Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland zu schreiben. Die herrschenden Kreise haben es stets verstanden, in der Öffentlichkeit eine Atmosphäre zu schaffen, die von nationalistischem und chauvinistischem Ungeist getragen war und in jenen seltsamen Enthusiasmus mündete, der beim Ausbruch des ersten Weltkrieges sich u. a. darin äußerte, daß selbst bedeutende humanistische Geister in Deutschland — ich denke an Gerhart Hauptmann und an den bekannten Theologen Troeltsch — in einem Sammelband von Stimmen zum Kriege begeistert für das „Stahlgewitter des ersten Weltkrieges“ eintraten.

Es ist weiter bekannt, daß auch die rechtsstehenden sozialdemokratischen Führer den Burgfrieden mit der Kriegspartei herstellten und darauf verzichteten, entsprechend den großen Friedenskundgebungen der europäischen sozialistischen Parteien von Basel und Zimmerwald die Arbeitermassen in Deutschland gegen den Krieg zu mobilisieren.

Das Allervernünftigste, die uns heute selbstverständliche Meinung, daß nur im Frieden die geistigen und materiellen Energien der Menschheit entfaltet werden können, wurde in dem nationalistischen und chauvinistischen Propagandarumel, in dem schon damals geführten psychologischen Krieg zerstört und unserem Volke die Auffassung suggeriert, daß es nur unter der Losung „Viel Feind, viel Ehr“ seinen Platz in der Gemeinschaft der Völker erhalten und behaupten könnte.

Unter diesen Umständen muß man das tapfere Wirken aller Friedenskräfte in unserem Volke um so höher einschätzen, muß man die Stimmen des Friedens aus der Arbeiterklasse und aus dem Bürgertum, aus den Kirchen und

aus dem kulturellen Leben mit um so größerer Hochachtung registrieren. Ich glaube, es ist eine Ehrenpflicht unserer so machtvoll gewordenen deutschen Friedensbewegung, den Pionieren des Friedenskampfes, einem Karl Liebknecht und einem Friedrich Naumann (ihm wenigstens für seine Frühzeit), einem Quidde und Helmuth von Gerlach, ein ehrendes Andenken zu bewahren und ihr so tapferes — leider erfolglos gebliebenes — Streben mit um so größerer Konsequenz und Intensität fortzuführen und zum Siege zu führen.

Ich werde oft gefragt, warum die starken friedlichen Potenzen, die damals in unserem Volk und in der deutschen Politik lebendig waren, sich nicht auswirken und in solche nationalen und demokratischen Energien umwandeln konnten, die jenes Ausmünden der Weimarer Republik in den Faschismus, jene faschistische Pervertierung der deutschen nationalen Politik hätten verhindern können. Ich will in diesem Zusammenhang nicht auf die internationalen Faktoren eingehen, die dabei eine Rolle gespielt haben, obwohl sich daraus wichtige Lehren für die heutige Situation ergeben könnten. Denn damals bereitete sich meiner Meinung nach — gewissermaßen als Vorspiel — das vor, was wir heute als das Drama des Ost-West-Konfliktes zu betrachten haben.

In den zwanziger Jahren begann die Einmischung der USA in die europäischen Angelegenheiten, und der Antibolschewismus, die Grundtorheit unserer Epoche, verwirrte schon damals die Geister Deutschlands und Europas. Der Weg unseres Volkes wäre ein anderer geworden, wenn es dem Wegweiser, der von Rapallo nach Moskau zeigte, gefolgt wäre, wenn die Außenpolitik des Reichskanzlers des Zentrums Dr. Joseph Wirth und des großbürgerlichen Außenministers Walter Rathenau konsequent fortgeführt worden wäre. Denn in dieser Politik wurde — vorsichtig, aber mit Verantwortungsbewußtsein — jener Tatsache Rechnung getragen, an der die gesamte Weltpolitik von 1917 ab nicht mehr ungestraft vorübergehen konnte: der Oktoberrevolution in Rußland.

Auf diese internationalen Faktoren möchte ich jedoch hier nicht im einzelnen zu sprechen kommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es jenen herrschenden deutschen Kreisen, die den ersten Weltkrieg vom Zaune gebrochen haben, den Kanonenkönigen von Rhein und Ruhr und der preußischen Militärkamarilla, gelungen ist, von dem für Deutschland nicht von Versailles, sondern von der Geschichte

vorgeschriebenen Weg der europäischen Befriedung und der Abrüstung abzuweichen und erneut jenen anderen Weg der Aufrüstung und der Bedrohung der Nachbarn Deutschlands und damit des Friedens in Europa und der Welt einzuschlagen.

Es ist Ihnen bekannt, wie die reaktionären Kreise in Deutschland schon frühzeitig die Wiederaufrüstung Deutschlands durch Aufstellung einer Kaderarmee und durch verschleierte Rüstungsproduktionen begannen, wie sie die Freikorps als Instrument zum Niederhalten der demokratischen Kräfte in unserem Volk benutzten und wie sie schließlich schon im Jahre 1920 durch den Kapp-Putsch das Ruder an sich zu reißen versuchten. Der Kapp-Putsch wurde niedergeschlagen, weil sich die nationalbewußten und demokratischen Kräfte in unserem Volke, besonders in der Arbeiterklasse, aber auch im Bürgertum, zu einer Einheitsfront zusammenfanden. Es blieb den reaktionären Kräften nichts anderes übrig, als einige der Protagonisten der Wiederaufrüstung in der deutschen Regierung fallenzulassen, unter ihnen den rechtssozialdemokratischen Reichswehrminister Noske.

Die Niederschlagung der Kappisten eröffnete noch einmal den Weg zur friedlichen Demokratie, aber die große Chance für den rechtzeitigen Sieg der demokratischen Kräfte unseres Volkes über den deutschen Militarismus, der wiederum sein Haupt erhob, wurde nutzlos vertan. Wieder einmal in der Geschichte Deutschlands wurde der Grundsatz der alten Römer „Principiis obsta“ — „Widerstehet den Anfängen“ mißachtet. Wie es dann weiterging, ist bekannt. Wir wissen jetzt aus den Veröffentlichungen über die geheime Aufrüstung in der Weimarer Republik, daß die Kanonenkönige von Rhein und Ruhr in Übereinstimmung mit den deutschen Regierungen handelten, selbst mit Herrn Stresemann. Es ist das große Verdienst des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, meines Freundes Prof. Ludwig Quidde, diese Dinge schon im Jahre 1924 entlarvt zu haben.

Am 3. Januar 1924 hatte Quidde an Seeckt geschrieben und im Auftrage der Deutschen Friedensgesellschaft seine Besorgnisse über die geheime Militarisierung ausgedrückt. Seeckt antwortete darauf, daß er über die von Quidde aufgeworfenen Fragen in keine Diskussion eintreten werde, und drohte damit, daß — im Falle einer öffentlichen Behandlung dieser Fragen durch die Deutsche Friedensgesellschaft und

durch Quidde persönlich — auf Grund des Ausnahmezustandes gegen die Führer der Deutschen Friedensgesellschaft vorgegangen werden würde, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob ein Landesverratsverfahren eingeleitet werde oder nicht. Das war direkte Mordhetze, das war dasselbe System der Mordhetze, wie es heute in Westdeutschland wieder praktiziert wird — und es ist zweifellos kein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß sich diese Mordhetze heute wiederum gegen dieselben Persönlichkeiten aus dem Lager des Bürgertums richtet, die schon damals den Weg der Befriedung zu gehen bereit waren und die wußten, daß der Feind rechts steht. So wie man vor einem Menschenalter Matthias Erzberger und Walther Rathenau niederschloß, so droht man heute Dr. Joseph Wirth, wobei zur Begründung dieser Morddrohung Zitate eben des Rathenau-Mörders Schultz herangezogen werden.

Ich kann hier noch mit Genugtuung feststellen, daß sich die Deutsche Friedensgesellschaft nicht einschüchtern ließ, sondern trotz der Drohung den Brief Quiddes publizierte und zusammen mit diesem Brief umfangreiches authentisches Tatsachenmaterial. Wenn Sie von dieser Veröffentlichung der Deutschen Friedensgesellschaft in der „Weltbühne“ eine Linie ziehen bis zu den Warnungen des deutschen Kommunistenführers Ernst Thälmann aus dem Jahre 1932: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“, dann haben Sie den Beweis dafür, daß auch in den zwanziger Jahren die friedliebenden Kräfte in unserem Volke wach und lebendig waren und rechtzeitig den Weg für eine Politik des Friedens wiesen.

Die deutschen Militaristen und die herrschenden großbürgerlichen Kreise waren aber noch einmal stark genug, um mit Hilfe ihrer geheimen Aufrüstung und des Terrors gegen die demokratischen und friedliebenden Kräfte die Macht in die Hand zu bekommen und drohend die Waffen gegen die europäischen Völker zu heben und dann 1939 auch abzuschließen. Die friedliebenden Kräfte in Deutschland waren zu uneinig, ihr Kampf war nicht koordiniert genug, um das Heraufziehen des deutschen Faschismus zu verhindern; das deutsche Bürgertum hat die große geschichtliche Schuld auf sich geladen, daß aus seinen Reihen die Kräfte des Faschismus emporsteigen und den echten nationalen und zivilisatorischen Geist, den ein Thomas Mann, ein Albert Schweitzer und ein Albert Einstein in so vollendeter Weise vertraten, in sein Gegenteil verkehren konnten.

1945 war unserem Volke wiederum die Gelegenheit gegeben, einen neuen Weg zu gehen. Wir erinnern uns alle daran, welche Auffassungen in unserem Volke in den Jahren 1945 und 1946 lebendig waren: es war der Geist bedingungsloser Friedensliebe und des radikalen Antifaschismus und Antimilitarismus. Es wurde damals viel von der moralischen Chance der Niederlage geredet und geschrieben – und wir können feststellen, daß weite Kreise unseres Volkes – anders als 1918 und 1919 – diese moralische Chance genutzt haben und das „Metanoete“, dieses „Wandelt Euch“, von dem 1945 Dichter wie Bergengruen, Becher und Schneider beinahe einstimmig sangen, verwirklichten. Im Jahre 1945 war es eine Ehrenpflicht für alle friedliebenden und demokratischen Kräfte, dem Geist des antifaschistischen Widerstandes treu zu bleiben und dessen Erbe, das Zusammenstehen und Zusammengehen aller friedliebenden Kräfte, zu praktizieren, und zwar nicht erst, wenn es zu spät ist, im Konzentrationslager und vor faschistischen Volksgerichtshöfen, sondern rechtzeitig, im Kampf um die friedliche Neuordnung der deutschen politischen Geschicke.

Deshalb haben wir, und gerade wir, die wir aus dem Bürgertum kamen, die wir die Schuld jener großbürgerlichen Protagonisten des Faschismus und seiner kleinbürgerlichen Mitläufer mit auf uns zu nehmen hatten, die radikale Entmachtung aller faschistischen Kräfte verlangt und danach getrachtet, den Militarismus in Deutschland mit seinen tiefstehenden Wurzeln auszurotten. Damals wie heute war für uns das Wichtigste, daß die Kräfte, denen es bitter ernst um einen friedlichen Weg der deutschen Politik ist, sich im Gegensatz zu den Jahren nach 1918 fest zusammenschließen und eine starke und solide Einheitsfront aller friedliebenden und humanistischen Kräfte bilden. Denn wir gehören zu denjenigen, die der Meinung sind, daß dann, wenn ein festgeschmiedeter Block aller Kräfte des Friedens und der Verständigung vorhanden ist, alle noch so feingesponnenen und noch so massiv geschmiedeten Pläne der Kräfte des Krieges scheitern und zunichte werden.

Eines war für uns nach 1945 schon klar: Deutschland kann nicht für immer in Zonen zerrissen werden. Unsere Einstellung zu den Fragen der Sicherung des Friedens im Nachkriegseuropa hatte sich schon damals unter dem Eindruck der Verhältnisse gewandelt, und es hatten sich neue Prinzipien herausgebildet. Dreierlei war uns damals schon klar, und wir können es heute bei einer Bilanzierung einer zehn-

jährigen deutschen Nachkriegspolitik nur noch einmal unterstreichen:

1. Es muß eine Politik betrieben werden, die Deutschland völlige Unabhängigkeit gewährt und es vor allem nicht in eine Abhängigkeit von solchen Staaten führt, die aggressive Absichten haben. Nur von einem solchen Standpunkt aus schien es uns möglich zu sein, daß Deutschland volle staatliche Souveränität gewinnt und es seinen Platz in der Familie der friedliebenden Völker einnehmen kann.
2. Es muß eine Politik betrieben werden, die Deutschland nie wieder zum Ausgangspunkt eines neuen Krieges werden läßt. Der deutsche Militarismus darf nicht wieder aufstehen. Wir müssen wachsam sein gegen alle Versuche der faschistischen Kräfte, neuerlich Macht in Deutschland in die Hände zu bekommen.
3. Es muß eine Politik betrieben werden, die auf die Garantieung der eigenen und der Sicherheit der anderen Völker ausgeht und die zur Freundschaft mit allen Nachbarstaaten und mit den friedliebenden Völkern führt.

Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß wenigstens auf einem Teil des deutschen Territoriums diese drei Grundsätze einer deutschen Friedenspolitik realisiert werden. Ich mache diese Bemerkung um so lieber, als wir am Vorabend des 10. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom Faschismus stehen. Dieser Tag ruft uns mit aller Deutlichkeit ins Bewußtsein, welche Verantwortung gerade unser Volk für den Frieden in Europa hat, welches Unrecht und welche unmenschlichen Verbrechen wir wiedergutzumachen haben, mit denen der Faschismus den deutschen Namen entehrt und mit denen er so viel Leid über andere Völker, aber auch über unser eigenes Volk gebracht hat.

Um so bedenkllicher ist es, wenn die Kräfte, die Deutschland in den ersten und den zweiten Weltkrieg hineingeführt haben, heute in Westdeutschland erneut das Ruder in den Händen haben und Deutschland ein drittes Mal in den Teufelskreis von Aufrüstung, Aggression und Eroberungskrieg hineinziehen wollen. Es hat nach dem zweiten Weltkrieg etwas länger gedauert, bis die Kanonenkönige von Rhein und Ruhr und die deutschen Militaristen wieder ihr Haupt erheben konnten. Einmal deshalb, weil das deutsche Volk die Leiden des zweiten Weltkrieges nicht so schnell vergessen konnte, als daß man – wie nach 1918 – unmittelbar nach Kriegsende neuerliche Aspirationen auf die Wiederaufrüstung propagieren konnte. Zum anderen deshalb, weil

im Osten Deutschlands von Anfang an ein Weg gegangen wurde, der zur Beseitigung der Wurzeln des Militarismus führte. Es dauerte etwa fünf Jahre, bis die militaristischen Kräfte, denen in Westdeutschland der gesellschaftliche Nährboden nicht entzogen worden war, mit amerikanischer Unterstützung die Wiederaufrüstung proklamieren konnten.

Wenn es dieses Mal nicht der Ungeist des Nationalismus gewesen ist, der zur ideologischen Rechtfertigung der Aufrüstung erhalten mußte, sondern der angeblich europäische Geist, so ist das keine Frage grundsätzlicher Unterscheidungen, sondern nur der Taktik. Indem die deutschen Militaristen und ihr Gefolgsmann Adenauer diesen europäischen Geist zitieren, fanden sie direkten Anschluß an die letzten propagandistischen Parolen, die von Goebbels vor dem Zusammenbruch des Nazisystems ausgegeben wurden. Man darf sich darüber nicht täuschen.

Das, was Bonn und die alliierten Westmächte als Europa ausgeben, ist ja nur die Karikatur von Europa. Ihr – sozusagen – Chefideologe ist jener merkwürdige Mann, der Paneuropa erfunden hat. Ich darf darauf hinweisen, daß damals dieser Graf Coudenhove-Kalergi der Welt eine Konzeption von Europa servierte, die in allen ehrlichen friedlichen Kreisen strikte Ablehnung fand. Er lehnte sich darin an das Schema von Briand an und sah Europa lediglich in Frankreich und der „kleinen Entente“. Er lehnte England als Teil Europas ab, und er lehnte die Sowjetunion als Teil Europas ab. Als wir damals zu dem französischen Ministerpräsidenten Painlevé, einem wahren Friedensfreund, kamen und ihm die Frage vorlegten, ob das denn wirkliche Friedenskonstruktion sei – es handelte sich damals besonders um den Ausschluß von England aus der Kombination „Paneuropa“ –, da sagte dieser alte erprobte französische Friedenskämpfer: Ohne England ist eben gegen England; und heute müssen wir sagen: Ein solches Europa, wie es sich Herr Dr. Adenauer und der Graf Coudenhove-Kalergi denken, ist ein Europa gegen die Sowjetunion, gegen den ganzen Osten. Das ist nicht die Einigung Europas, sondern die Zerspaltung Europas!

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Aufrüstung in Westdeutschland sehen. Dort entsteht eine Armee, die unter fremden Fahnen fechten soll, eine Armee für fremde Zwecke, nicht für den Schutz der Heimat. Denn diese Heimat ist in keiner Weise bedroht. Die Sowjetunion hat in zehnjähriger konsequenter Friedenspolitik der Welt bewiesen, daß sie an

einen Angriff niemals denkt. Was Adenauer proklamiert, ist die Neuordnung Europas, die Hitler zu praktizieren versuchte und bei der er scheiterte. Das Europa, das Herr Adenauer vorschwebt, ist kein Europa des Friedens, sondern es ist ein Europa des Mißtrauens und der Zwietracht. Es würde in diesem „Europa“ die Vorstellung immer stärker werden, man lebe in einem Interregnum, in einer Art zeitlichem Vorzimmer zum nächsten Krieg, wie das der ehemalige Generalstabsoffizier Adelbert Weinstein schon vor fünf Jahren in seinem Buch „Armee ohne Pathos“ beschrieben hat.

Das also, was vor 20 und 30 Jahren in Deutschland praktiziert wurde – erst geheime Aufrüstung, großzügige „Arbeitsbeschaffung“, dann offene Bedrohung anderer Staaten und schließlich Krieg –, wird heute in einem Teil Deutschlands erneut praktiziert. Wiederum haben es die reaktionären Kräfte verstanden, die Periode einer scheinbaren Friedenspolitik zu liquidieren und erneut eine solche der Wiederaufrüstung einzuleiten. Das sogenannte Wirtschaftswunder, d. h. das System des Hineinpumpens amerikanischer Konsumtionsgüter und Materialien nach Westdeutschland, widerspiegelt nur zu sehr jene Fassade vor der Weltöffentlichkeit, hinter der man die Wiederaufrüstung vollziehen will.

Die Tatsache, daß die deutschen Militaristen ihre Politik der Wiederaufrüstung nur in einem Teil Deutschlands und auch dort nur gegen den heftigsten Widerstand der friedliebenden Kräfte unseres Volkes durchführen können, versetzt sie in um so größere Wut gegen die Deutsche Demokratische Republik. Denn hier in der Deutschen Demokratischen Republik wird gezeigt, wie ein Deutschland des Friedens beschaffen sein muß, wie eine deutsche Regierung eine Politik des Friedens und der Verständigung betreiben kann, wie Deutschland aus dem Zirkel von Krisen und Kriegen, von Aufrüstung und Kriegsdrohungen herausfinden kann.

Seit fünf Jahren, in denen sich Herr Adenauer hysterisch bemühte, die Wiederaufrüstung Westdeutschlands durchzusetzen, bemühen wir uns von der Deutschen Demokratischen Republik aus um Gespräche zwischen Repräsentanten der beiden deutschen Staaten und um die Verständigung unseres gesamten Volkes. Das begann mit dem historischen Brief unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 30. November 1950 an Herrn Dr. Adenauer, und das wurde fortgesetzt in jenen unzähligen Initiativen und Vorschlägen, die

seitdem von der Volkskammer, unserer Regierung und unserem hochverehrten Präsidenten gemacht wurden. Während wir für dieses Gespräche keinerlei Vorbedingungen stellten, stellte Herr Dr. Adenauer immer neue Bedingungen, fand immer neue Ausflüchte, um Gespräche der Verständigung zu verhindern.

Herr Adenauer und seine Propagandisten haben auch nichts unversucht gelassen, um die Ernsthaftigkeit der Friedensangebote der Sowjetunion in Zweifel zu ziehen und zu behaupten, damit solle nur ein taktisches Spiel mit Deutschland getrieben werden. Wenn etwas die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Friedensangebote gezeigt hat, so war das die Verhandlung, die in den letzten Tagen zwischen der österreichischen Regierung und der sowjetischen Regierung stattgefunden hat. Herr Raab ist nach Moskau gefahren und hat den Frieden für sein Volk mit nach Hause gebracht. Herr Raab konnte nach Moskau fahren, weil er nicht – wie der „prometheische“ Herr Adenauer – an den Felsen der Pariser Verträge geschmiedet ist, weil er die Hände frei hatte zur Verständigung mit dem Osten und dem Westen.

Hier haben wir den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung der deutschen Frage, hier haben wir auch den Ausweg für die Lösung der deutschen Frage. Solange ein Teil Deutschlands in ein aggressives politisches, ökonomisches und militärisches System gepreßt ist, so lange ist eine Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich. Solange die Bundesrepublik in das Gefängnis der Pariser Verträge eingesperrt ist, so lange ist der Weg zu einem friedlichen, wiedervereinigten Deutschland versperrt. Solange die Bedrohung des Friedens in Europa durch das aggressive und expansive militärpolitische System der Pariser Verträge und des Nordatlantikpaktes besteht, so lange müssen sich die friedliebenden Staaten in Europa vereinigen, um Anschlägen der Kräfte des Krieges gegenüber gewappnet zu sein. Deshalb waren wir in Moskau, deshalb haben wir die Moskauer Deklaration unterzeichnet, deshalb verstärken das polnische, das tschechoslowakische und das deutsche Volk ihre freundschaftlichen Beziehungen.

Damit stellen die Staaten des Friedenslagers einem Westblock nicht etwa einen Ostblock gegenüber. Der Unterschied zwischen den Pariser Verträgen und der Moskauer Deklaration besteht darin, daß die Pariser Verträge einen expansiven Charakter haben, während die Moskauer Deklaration einen zeitlich und politisch begrenzten Charakter hat. In dem

Augenblick, in dem die Bedrohung der Staaten des Friedenslagers durch die Pariser Verträge, durch die NATO und den deutschen Militarismus beseitigt ist, ist der Weg frei zur deutschen Wiedervereinigung und zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem. Die deutsche Verständigung und die kollektive Sicherheit Europas sind erlösende Ideen; sie können aber eine erlösende Wirkung nur dann haben, wenn allseits der gute Wille vorhanden ist, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden und nicht durch militärische Blocks zu verhärten.

Mit großer Genugtuung können wir registrieren, daß in weiten Kreisen des westdeutschen Bürgertums eine Neuorientierung der westdeutschen Außenpolitik gefordert wird. Ich denke hier nicht nur an die fortschrittlichen Kräfte, ich denke hier auch nicht nur an die organisierte Friedensbewegung, sondern ich denke auch daran, daß Männer wie der bedeutende Publizist Paul Sethe, einer der Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Prof. Gollwitzer, der bedeutende evangelische Theologe, Hermann Rausing, der frühere Danziger Senatspräsident, und viele andere die Bonner Politik der kleineuropäischen Lösungen und der Pariser Verträge verurteilen und den Ruf erheben nach einer Politik der Mitte und der Koexistenz.

Sie wissen alle, welche Resonanz das „Deutsche Manifest“ der Paulskirche gefunden hat. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Energien, die dieses Manifest ausgelöst hat, einfließen in die allgemeinen Bemühungen unseres Volkes um Frieden und Wiedervereinigung. Wir sind der Meinung, daß das „Deutsche Manifest“ Elemente einer deutschen Friedenspolitik enthält, denen in der Zukunft unseres Volkes gefolgt werden sollte. Das ist aber nur möglich, wenn alle, die sich zum „Deutschen Manifest“ bekannt haben, den Kampf um die Wiedervereinigung unseres Volkes fortsetzen und mit-helfen, die Pariser Verträge zu Fall zu bringen.

Ich muß in diesem Zusammenhang eine Beobachtung wiedergeben, die ich immer wieder gemacht habe: manche der Kräfte in Westdeutschland, die eine Neuorientierung der Bonner Außenpolitik, die den Fall der Pariser Verträge fordern, bemühen sich gleichzeitig mit einer Intensität, die einer besseren Sache zukommen sollte, darum, ihre ablehnende Haltung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik zu betonen. Sie meinen, sie könnten nur auf solche Weise breite Kreise in Westdeutschland, insbesondere aus dem Bürgertum, für das Ringen um die Wiedervereinigung

gung gewinnen. Sie merken aber gar nicht, daß sie sich damit des wichtigsten und bedeutendsten ihrer Bundesgenossen begeben, eben der konsequenten Friedenskräfte in der Deutschen Demokratischen Republik. Ein bedeutender Diplomat hat einmal gesagt: „Der Friede ist unteilbar.“ So wie der Friede unteilbar ist, so ist auch das deutsche Bemühen um die friedliche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes unteilbar. Es gibt keinen speziellen westdeutschen oder einen speziellen ostdeutschen Weg zur deutschen Wiedervereinigung, sondern es gibt nur den gemeinsamen deutschen Kampf gegen die Pariser Verträge und für die deutsche Wiedervereinigung.

Wir verlangen von den westdeutschen Patrioten nicht etwa, daß sie sich bedingungslos zur Deutschen Demokratischen Republik bekennen. Was wir verlangen, ist einzig und allein, daß man anerkennt, welchen Beitrag die Deutsche Demokratische Republik zur Befriedung Europas allein dadurch geleistet hat, daß sie begonnen hat, einen neuen geschichtlichen Weg zu gehen, der grundsätzlich unterschieden ist von der Politik bisheriger deutscher Regierungen. Das einzige, was wir verlangen, ist anzuerkennen, daß die politische, wirtschaftliche und kulturelle Neuordnung im Osten Deutschlands nicht zufällig erfolgte, sondern auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit zurückzuführen ist, auf eine wirkliche Umerziehung unseres Volkes, auf das Bestreben, die Irrwege unserer Nation für immer zu verlassen und auf einen neuen Weg der friedlichen Entwicklung zu gelangen.

Ich glaube, daß die von uns in der Deutschen Demokratischen Republik in einem harten und mühsamen Kampf geschaffenen Tatsachen den Beweis dafür liefern, daß wir nicht die Macht der alten herrschenden Kreise restauriert, sondern die nach vorn drängenden geschichtlichen Kräfte zur Gestaltung des deutschen Schicksals geführt haben. Das andere Deutschland, das antifaschistische und demokratische Deutschland hat heute seine Heimat nicht allein wie vor zwanzig und fünfundzwanzig Jahren in der Emigration oder in den Köpfen einiger weniger großen Geister. Dieses andere Deutschland ist das Deutschland der Antifaschisten und konsequenten Demokraten, ist das Deutschland einer wirklichen Friedenspolitik und des Strebens nach echter nationaler Souveränität, das ist das Deutschland, in dem der Geist des realen Humanismus und unserer großen Dichter und Denker lebendig ist.

Unser Volk erhielt das Prädikat „Volk der Dichter und Denker“. Es ist nicht gesagt, daß damit immer ein Lob ausgesprochen wurde. Volk der Dichter und Denker — das könnte manchmal heißen, dieses Volk, das zur Schatzkammer der Weltkultur viel beigetragen hat, ist politisch allzuoft in die Irre gegangen, hat sich allzuoft verführen lassen. Das wollte offenbar der bedeutende katholische französische Politiker, der unabhängige Senator Hamon ausdrücken, wenn er in seinem Diskussionsbeitrag auf der Konferenz zur friedlichen Lösung der deutschen Frage und auf der Abrüstungskonferenz im vergangenen Dezember in Paris erklärte: „Ich möchte darum bitten, daß die Deutschen alles tun, um die Konsequenzen dieses Tages“ — gemeint ist der 6. September 1953 — „einzudämmen; denn Deutschland kann nicht allein von außen her gerettet werden. Ich bin der Ansicht, daß auch das deutsche Volk vor seine Verantwortlichkeit gestellt werden muß, so wie wir Franzosen uns vor der unseren befinden.“

Dazu gehört auch, daß wir uns Klarheit darüber verschaffen, wie wir den großen Gefahren der Pariser Verträge zu begegnen haben. Ich betonte schon, daß wir den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik immer und immer wieder angeboten haben, zu einer gemeinsamen Politik des Friedens in den beiden deutschen Staaten zu kommen. Wir haben in diesem Zusammenhang auch vorgeschlagen, über die Stärke der Polizei in beiden deutschen Staaten zu sprechen. Wir waren gewiß, daß bei einer gemeinsamen, auf die Wiedervereinigung unseres Volkes gerichteten Politik sehr bescheidene Polizeikräfte genügt hätten, um Ruhe und Sicherheit zu garantieren.

Unsere Angebote der Verständigung wurden nicht einmal zur Kenntnis genommen. Eine Antwort darauf erfolgte in der wachsenden militärischen Bedrohung durch die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, durch die Einbeziehung Westdeutschlands in das System der Pariser Kriegsverträge. Der Mann, der am 20. Juli 1944 während des Attentats des Obersten von Stauffenberg an der Seite Hitlers stand und ihm Bericht über die militärischen Operationen der faschistischen Wehrmacht erstattete, der sitzt heute Herrn Adenauer zur Seite und berät ihn in militärischen Fragen. Es ist niemand anders als der General Heusinger. Soll man sich dann wundern, wenn die Sowjetmensen, wenn, das polnische, das tschechoslowakische und nicht zuletzt auch das französische

Volk nach realen Sicherheiten gegenüber den aggressiven Drohungen des deutschen Militarismus verlangen und sich nicht mit den Friedensbeteuerungen eines Wolfes im Schafspelz begnügen? Soll man sich wundern, wenn sich die friedliebenden Deutschen, die sich das neue Deutschland gebaut haben, darauf einrichten, dieses neue Deutschland vor einem Überfall zu schützen?

Wir sind unbedingt Anhänger des Friedens, wir sind aber keine bläßlichen Pazifisten. Ich denke an den Brief, den Karl Barth, der große Schweizer Theologe, in einer ähnlichen Situation am 19. September 1938 angesichts der Bedrohung der Tschechoslowakischen Republik durch den deutschen Faschismus an Josef Hromádka geschrieben hat. Er sagte damals: „Ist denn die ganze Welt unter den Bann des bösen Blickes der Riesenschlange geraten, und muß sich der Geist der Nachkriegszeit nun wirklich in einer so schrecklichen Lähmung aller und jeder Entschlußkraft auswirken? Noch scheint die Zustimmung der Westmächte zu den unsinnigen Forderungen Deutschlands nicht ausgesprochen zu sein, aber wenn sie nun doch ausgesprochen wird, wird Ihre Regierung und Ihr Volk dann dennoch und erst recht fest bleiben? Es steht mir vor Augen, was für eine unendliche Last und Not Sie damit auf sich ziehen würden. Dennoch wage ich zu hoffen, daß die Söhne der alten Hussiten noch leben, daß es auch heute noch Männer gibt.“

Das war das Wort eines überzeugten Pazifisten. Wir möchten uns mit allen vernünftigen Menschen in Deutschland darüber unterhalten, wie unser Vaterland zu einer neuen Blüte gelangen kann. Man muß aber zugeben, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Männer für die Sicherungsmaßnahmen verantwortlich sind, die schon vor bald dreißig Jahren gewarnt haben: „Hitler – das ist der Krieg!“, die dann die ganze Grausamkeit des faschistischen Regimes am eigenen Leibe spüren mußten und die natürlich heute eine um so größere Verantwortung spüren, unser Volk vor den gleichen faschistischen und militaristischen Kräften, die in Westdeutschland mehr und mehr an Macht gewinnen, zu schützen. Wenn wir über diese Fragen sprechen, vergessen wir nie, daß die Kräfte der Verständigung in unserem Volke stark sind, daß die Tür noch immer nicht zu ist, daß es noch immer Möglichkeiten für eine friedliche Lösung der deutschen Frage gibt. Es gibt sie aber nur, wenn auf die Pariser Verträge verzichtet wird – es gibt sie nur unter dieser Bedingung.

Wenn wir heute hier in Dresden zu dieser machtvollen Demonstration der deutschen Friedenskräfte zusammenkommen und uns auf diesem Kongreß für Sicherheit und Frieden gegen die Bedrohung des deutschen und des europäischen Friedens durch die Pariser Verträge wenden, dann erinnern wir uns an die Geburtsstunde unserer Friedensbewegung. Sie kam in der Zeit, als die Einheit der Alliierten, die im Kampf gegen den Faschismus hergestellt worden war, von den Westmächten zuerst mit Hilfe des Marshallplanes auf ökonomischem Gebiet und dann mit anderen politischen Maßnahmen gesprengt wurde, um dann in jenem aggressiven militärischen Block des Nordatlantikkpakt die Aufgipfelung zu erhalten. Im Januar 1949 wurde der Nordatlantikkpakt abgeschlossen, wurde gegen Geist und Satzung der Vereinten Nationen verstoßen – ein Vierteljahr später trafen wir uns, die Kräfte des Friedens aus aller Welt, in Paris, um den Weg in eine friedliche Zukunft zu weisen. Ich stellte damals die Frage: „Wo sind die Vereinten Nationen? Die Vereinten Nationen sind hier! Auf der anderen Seite des Ozeans sind nur die Diplomaten! Unser imposanter Kongreß der Friedenskämpfer ist die neue Resistance, die neue Widerstandsbewegung. Auch sie wird schließlich über Krieg und Imperialismus triumphieren.“

Die Friedensbewegung ist sich seit dieser Zeit immer treu geblieben und hat alle ihre Initiativen darauf gerichtet, jene unheilvolle Spaltung der Welt und einzelner Staaten zu überwinden und gegen die Politik militärischer Blocksysteme anzukämpfen. In diesem Kampf ist die Weltfriedensbewegung ständig und stetig gewachsen und hat immer größere Erfolge errungen und sich damit Betätigungsmöglichkeiten geschaffen, wie wir sie früher in den alten Friedensgesellschaften zwar erträumten, aber niemals zu erreichen imstande waren. Die Hauptursache für den Erfolg der Friedenskräfte ist die Tatsache, daß sie über nationale und weltanschauliche, über religiöse und soziale, über politische und konfessionelle Unterschiede hinweg alle Menschen guten Willens, alle friedliebenden und friedenswilligen Menschen um sich und in sich vereinigt hat. Die Friedensbewegung ist nicht irgendein machtpolitisches Organ, sondern sie ist das Gewissen der Menschheit.

An dieser neuen Manifestation können wir das Ausmaß des Wachstums unserer deutschen Friedensbewegung ermessen. Nach meiner Meinung kommt es im Augenblick darauf an, unsere Aufgabe in der deutschen Friedensbewegung vor

allem in zwei Richtungen zu sehen: in der Richtung auf eine immer stärkere Gewinnung der bürgerlichen Menschen in Deutschland für den Friedenskampf und in der Richtung der Verstärkung unserer Bemühungen um die Gewinnung der christlichen Menschen für die friedliche Lösung der deutschen Frage. Mit großer Genugtuung können wir feststellen, daß die Arbeiterschaft in einer Geschlossenheit und mit einem Enthusiasmus zur Friedensbewegung steht, daß ihr Sieg einfach verbürgt ist.

Der Kongreß der friedliebenden Kräfte der ganzen Welt, der für die zweite Junihälfte nach Helsinki einberufen worden ist, wird eine Heerschau des Friedens sein, die den Respekt der gesamten Weltöffentlichkeit hervorrufen und den inneren Zusammenhang, die Kampfbereitschaft der Weltfriedensbewegung stärken wird. Wenn der Vorsitzende der österreichischen Volksopposition, Prof. Dr. Dobretsberger, mir kürzlich geschrieben hat, daß die „Politik der Stärke“ eine Schlappe nach der anderen erleide, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit der friedlichen Lösung aller Weltprobleme von Finnland über die arabischen Staaten bis nach Indien erstrecke, so kann man das im Blick auf den Weltfriedenskongreß von Helsinki sehr wörtlich nehmen. Von Finnland, von Helsinki, von diesem Weltfriedenskongreß werden neue Impulse der Friedenskräfte ausgehen, die die ganze Erde erfassen werden.

Die Weltfriedensbewegung steht wie ein Fels im Fluß der weltpolitischen Entscheidungen. An ihm wird die Brandung der Kriegstreiber zerschellen, wenn sich nur alle friedliebenden Völker und alle Menschen guten Willens bereit finden, in diese gewaltige Front aller humanistischen und friedwilligen Kräfte einzutreten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die große Konferenz der asiatischen und afrikanischen Völker in Bandung eine wichtige Querverbindung schafft, durch die unser Kampf für den Frieden eine wertvolle Unterstützung erhält. Gegen Kolonialismus und gegen Rassendiskriminierung ist dieser Kongreß gerichtet. Auch dort wird der Sieg dem Frieden gehören.

Ich sagte schon, daß das deutsche Bürgertum eine große Verantwortung vor unserem Volk und für unser Volk zu tragen hat. Allzuoft hat es unsere Nation und damit sich selbst verraten, um augenblicklicher ökonomischer oder machtpolitischer Vorteile willen. Das reale Interesse des deutschen Bürgertums im Westen wie im Osten Deutschlands liegt heute darin, den Frieden zu erhalten, einen gesunden

Handel zu treiben und sich den Bemühungen um eine Politik der nationalen Wiedervereinigung anzuschließen. Es wäre ein Verhängnis für das deutsche Bürgertum, wenn es erneut versagen sollte. Das deutsche Bürgertum sollte sich an das Wort eines seiner größten Repräsentanten erinnern, an das Wort Thomas Manns: „Das Bürgertum besitzt eine gewisse geistige Transzendenz, in der es sich selbst aufhebt und verwandelt.“ Möge sich das deutsche Bürgertum, das noch befangen ist in Vorstellungen eines egoistischen wirtschaftlichen Denkens, selbst aufheben und verwandeln in eine starke nationale und Friedenskraft!

Was den Anteil der christlichen Menschen in Deutschland am Friedenskampf angeht, so kann festgestellt werden, daß er in den letzten Jahren immer größer geworden ist. Wir wissen, was es bedeutet, daß in Westdeutschland prominente evangelische Kirchenführer, eine Reihe von Angehörigen der EKD-Synode und über zweitausend Geistliche zum Reservoir der Kräfte der Verständigung gehören – und nicht nur zum Reservoir, sondern zu den Pionieren. Während also in Westdeutschland Kirchenpräsidenten und andere hohe Amtsträger der Kirche mutig gegen die Verträge von Paris und für die friedliche Wiedervereinigung unseres Landes auftreten, können wir leider nur allzuseiten solche Stimmen der Verständigung aus den Kreisen der hohen Geistlichkeit in der Deutschen Demokratischen Republik vernehmen. Allzuoft müssen wir noch feststellen, daß Geistliche und Laien sich im Ringen um den Frieden behindert fühlen durch Beschlüsse und andere Weisungen der Kirche.

Wir wissen sehr wohl die Bedeutung des Wortes der Synode der EKD von Espelkamp einzuschätzen, und wir begrüßen dieses Wort, denn es enthält eine eindeutige Absage an die Kräfte des Krieges. Wir wissen auch sehr wohl die Bedeutung einzuschätzen, die die Reise einer Delegation der EKD in die Tschechoslowakische Republik gehabt hat, und wir danken ihr von hier aus ausdrücklich dafür, daß sie als sichtbare Dankesbezeugung an das tschechische Volk fünf-hundert Rosen für Lidice, dieses Mahmal der Schuld und der Verbrechen des deutschen Faschismus an Europa, gestiftet hat. Um so mehr bedauern wir es, daß führende Vertreter der evangelischen Kirchen und insbesondere einige Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik in der Unterstützung unseres gerechten Kampfes um Wiedervereinigung und Frieden so zurückhaltend sind.

Ich höre in diesem Zusammenhang oft die Bemerkung, daß

eine Unterstützung der Friedensbewegung durch die kirchlichen Kreise nicht möglich sei, da es sich hier um eine „kommunistische Angelegenheit“ handele. Liebe Freunde! Als der tapfere Pastor Schneider im Konzentrationslager Buchenwald saß und um sich blickte, da hat er auch nicht gesagt: „Ich sehe hier nur Kommunisten“ – er hat vielmehr dorthin geblickt, wo die gemeinsamen Gegner von Christen und Kommunisten standen, wo die Feinde aller humanistischen Kräfte zu entdecken waren. Heute ist es ähnlich. Heben wir nicht immer unsere Meinungsverschiedenheiten in den weltanschaulichen und religiösen Fragen allzusehr hervor, sondern blicken wir dorthin, wo uns, Christen und Marxisten, gemeinsam eine Gefahr erwächst!

Bei allen Spannungen, die zwischen Christen und Marxisten im weltanschaulichen Bereich notwendig vorhanden sind, sollte man daran denken: Wenn auch eine Synthese von Christentum und Marxismus unmöglich ist, so gibt es doch wichtige Berührungspunkte zwischen beiden, Berührungspunkte in der sozialen Arbeit, in der Würdigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, und natürlich in der großen Frage des Friedens. Erfüllen wir dieses Wissen mit Leben! Verstehen wir immer besser unsere beiderseitigen Standpunkte! Finden wir uns doch zusammen, wohin uns gemeinsame Pflicht und gemeinsame Verantwortung vor unserer Volk und für unser Volk rufen! Denken wir immer an jenes Wort aus dem Gespräch zwischen dem Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez, und Abbé Boulier: „Wir können uns zwar nicht darüber verständigen, ob es einen Himmel über der Erde gibt, wir sind uns aber darin einig, daß unsere gemeinsame Erde nicht zur Hölle werden darf!“

Mit Genugtuung begrüßen wir, daß alle führenden Repräsentanten der Weltchristenheit jene gefährlichen Massenvernichtungsmittel moralisch geächtet und ihr Verbot gefordert haben. Der Papst hat es in der Osterbotschaft des vergangenen Jahres und auch in diesem Jahr getan; die Weltkirchenkonferenz von Evanston hat es getan, und nicht anders die führenden Männer der orthodoxen Kirchen! Wenn jetzt der Wiener Appell zum Verbot der Massenvernichtungsmittel an jeden einzelnen Deutschen ergeht, wenn jetzt die Unterschriften unter diesen Appell auch bei uns in Deutschland gesammelt werden, dann werden auch die christlichen Menschen in unserem Vaterland ernst nehmen, was die führenden Repräsentanten der Weltchristenheit beschlossen ha-

ben, und durch ihre Unterschrift mit einstimmen in den Chor aller Friedenskräfte in der Welt. Nur wenn alle Menschen guten Willens, nur wenn alle Völker, nur wenn die Anhänger all der verschiedenen Religionen und Konfessionen ihre Kraft gesammelt in die Waagschale der Entscheidung über das Verbot der Massenvernichtungsmittel werfen, werden die Politiker der Stärke daran gehindert, diese unheimlichen atomaren und thermonuklearen Waffen als Druckmittel gegen die Völker in Anwendung zu bringen.

Wir haben heute aus dem Munde eines so hervorragenden Fachmannes wie unseres Präsidenten Prof. Dr. Friedrich gehört, welche großen Möglichkeiten für die friedliche Anwendung der Atomenergie bestehen. Wir kennen aber auch den ganzen Ernst der Atomdrohung. Hiroshima und Nagasaki würden nur ein blasses Vorspiel aller Schrecken sein, die der Abwurf einer Wasserstoff- oder einer Kobaltbombe bedeuten würde. Der große Atomphysiker Prof. Dr. Otto Hahn hat in seinem Rundfunkvortrag mit aller Deutlichkeit auf die großen Gefahren von Kobalt 60 aufmerksam gemacht und an die Politiker appelliert, daß sie „die Notwendigkeit einer wahrhaft internationalen Kontrolle über die Entwicklung der Atomwaffen oder besser: eines friedlichen Zusammenlebens der Völker einsehen möchten“. Der Wiener Appell geht mit Recht einen Schritt weiter. Er fordert Verbot und Vernichtung dieser Waffen und die friedliche Verwendung der Atomenergie.

Mit Genugtuung können wir feststellen, daß bedeutende deutsche Wissenschaftler in der Sowjetunion bei der Entdeckung von Möglichkeiten zur friedlichen Verwendung der Atomenergie mitgeholfen haben, an ihrer Spitze der Nobelpreisträger Prof. Dr. Gustav Hertz, der jetzt seine großen Kenntnisse unserer jungen Republik zur Verfügung stellt, auch wenn er vom „Deutschen Jahrbuch“ 1954 schon totgesagt wurde als ein Mann, der angeblich bei Atomversuchen im Kaukasus verunglückt sei. Wenn wir jetzt mit dieser Unterschriftensammlung beginnen, wollen wir immer daran denken, was damals der Stockholmer Appell bewirkt hat. Die 500 Millionen Unterschriften hinderten Harry S. Truman daran, die Atombombe in Korea einzusetzen. Gegen die Drohungen der Kriegstreiber ist die vereinte Kraft der Völker eine moralische Waffe, die die Waffen der Kriegstreiber an Stärke übertrifft.

Der Wiener Appell hat eine große Bedeutung für die Sicherung des Friedens und für die Stärkung der Friedens-

kräfte in der ganzen Welt. Man soll nicht sagen, daß der einzelne nichts tun könne, daß er gegen die Atomwaffen machtlos sei. Je grausamer die Kriege werden, desto stärker wird der elementare Friedenswille der Menschheit. Je totaler und globaler die Kriege werden, desto enger wird die Zusammenarbeit aller friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt. Die Erfindung immer neuer Waffen, die Bezeichnung der im ersten und zweiten Weltkrieg gefährlichsten Waffen als „konventionelle“ und die Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel muß zur gleichen Zeit dazu führen, daß auch die Friedenskräfte immer erfinderischer bei der Suche nach neuen Wegen werden, auf denen die Kräfte des Krieges geschlagen werden können und der Frieden gewahrt wird.

Die Entdeckung der Atome in der Materie und die Entwicklung der atomaren Energie — sie hat auch zur Neuentdeckung des Atoms der Gesellschaft, zur Neubewertung des Menschen geführt, sie hat zur Entfaltung und Entwicklung immer stärkerer humaner Energien beigetragen. Der Wiener Appell muß Energien auslösen, die jeden neuen Krieg überhaupt verhindern; denn ein neuer Krieg würde ein Atomkrieg sein. Friede und Kultur sind unteilbar, sie gehören eng zusammen. Wer die Kultur verteidigen will, muß den Frieden verteidigen; wer den Frieden verteidigt, verteidigt die Kultur. Wer eine Politik der Stärke treibt, will den Globus in eine Atomwüste verwandeln. Wer der Politik der Stärke anhängt, bereitet seine Selbstvernichtung vor. Die friedliche Verwendung der atomaren Energien führt zur Erweiterung des menschlichen Lebensraumes, führt hinein in eine neue Welt und in ein neues Zeitalter.

Die französische Schriftstellerin Elsa Triolet hat in einer unheimlichen Vision ihres letzten Romans das Bild gezeichnet, das die Welt nach einem Atomkrieg bieten würde. Mögen unsere Dichter die Bilder der neuen Welt zeichnen, jener Welt, in der es menschlichem Geist und Forscherdrang in Verantwortung für die Menschheit und in Verantwortung vor dem Schöpfer der Welt gelingt, das Leben des einzelnen und der Völker zu bereichern. Möge sich jeder einzelne seiner großen Verantwortung für den Frieden auf Erden und für den Frieden in Deutschland und Europa bewußt sein. Möge er handeln nach jenem so treffenden Wort Goethes aus „Hermann und Dorothea“: „Und gedächte jeder wie ich, so stünde die Macht auf gegen die Macht, und wir erfreuten uns' alle des Friedens.“

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut — Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse

- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik
- 109 Günter Wirth: Vom Schicksal christlicher Parteien 1925 bis 1934
- 110/111 Gertrud Illing: Zum Scheitern verurteilt
- 112 Walter Bredendiek: Emil Fuchs und die Anfänge des Christlichen Arbeitskreises beim Friedensrat der DDR
- 113 Dr. Hubert Faensen: Der Beitrag des christlichen Schriftstellers zur sozialistischen Nationalkultur
- 114 Prof. Dr. Hans-Hinrich Jenssen: Politische Diakonie im Sozialismus
- 115 Günter Wirth: Weltpolitik und Weltchristenheit
- 116 Gerald Götting: Perspektive und Verantwortung junger Christen im Sozialismus
- 117 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und nationale Wirtschaft
- 118 Gertrud Illing: Kreuzzugswahn in Vergangenheit und Gegenwart
- 119 Prof. Dr. Tamás Esze: Der Weg der Reformierten Kirche Ungarns
- 120 Mein Bund ist Leben und Frieden (Die II. Allchristliche Friedensversammlung 28. 6. bis 3. 7. 1964 in Prag)
- 122 Otto Nuschke: Koexistenz — das ist heute der Friede
- 123/124 Johannes Zukertort: Hans von Seeckt
- 125 Gerald Götting: Die Mitarbeit der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik dient der friedlichen Zukunft der Nation
- 126 Wolfgang Heyl: Wissenschaftliche Leitungstätigkeit — Voraussetzung neuer Erfolge
- 127 Prof. Dr. Neuhaus: Dauerhafte Friedensordnung durch Vertrauen und Verträge
- 128 Heinz Büttner u. a.: Sieg der Gemeinsamkeit — Glück des Volkes
- 129 Siegfried Welz: Die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz — Prinzip sozialistischer Außenpolitik
- 130 Gerald Götting: Wir gestalten das neue Deutschland
- 131 Dr. rer. oec. habil. Harald-Dietrich Kühne: Der Aufbau des Systems ökonomischer Hebel in der Planwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik
- 132 Carl Ordnung: Politisches Handeln im Leben und Denken Dietrich Bonhoeffers